Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1482

24. 05. 95

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN — Drucksache 13/1155 —

Ausbildungsverhalten der deutschen Wirtschaft

Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit ist die deutsche Wirtschaft ihrer Zusage, in diesem Jahr mehr Ausbildungsstellen anzubieten, bisher nicht gerecht geworden. Vielmehr sei bis Mitte des Berufsberatungsjahres 1995 (Ende März 1995) das betriebliche Ausbildungsplatzangebot gegenüber dem Vorjahresangebot in den alten Bundesländern um 12 Prozent und in den neuen Bundesländern um 1 Prozent unterschritten worden.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine Auswertung der vorhandenen statistischen Daten durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB). Nach dieser Auswertung hatte jeder vierte Arbeitsamtsbezirk in den westlichen Bundesländern eine defizitäre Ausbildungsbilanz, in den östlichen Bundesländern wurde nur durch einen hohen Anteil staatlich geförderter außerbetrieblicher Ausbildungsplätze und der Bereitschaft der Jugendlichen, zu „pendeln", eine ausgeglichene Lage erreicht.

Eine Besserung der Gesamtsituation ist nach Auffassung des BiBB nicht in Sicht: Im westlichen Bundesgebiet ist von Oktober 1994 bis Januar 1995 die Zahl der gemeldeten Berufsbildungsstellen wieder um 14 Prozent zurückgegangen, die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um Ausbildungsstellen dagegen um 6 Prozent gestiegen. In den neuen Bundesländern ging die Zahl der besetzbaren Ausbildungsstellen um 3,7 Prozent zurück, während die Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden um 20 Prozent zunahm.

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Zusage der Wirtschaft, in diesem Jahr genügend bzw. mehr Ausbildungsplätze anzubieten, vor dem Hintergrund der Feststellung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, vom 4. April 1995, daß die Wirtschaft dieser Verpflichtung in diesem Jahr bisher noch nicht nachgekommen ist?

2. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Wirtschaft durch Änderung ihres Ausbildungsverhaltens dieser Verpflichtung in diesem Jahr noch nachkommen wird, und wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung?

3. Wie bewertet die Bundesregierung die Aufforderung des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber-

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie vom 22. Mai 1995 im Einvernehmen mit den Bundesministerien für Wirtschaft sowie Arbeit und Sozialordnung übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

verbände, Klaus Murmann, und des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans-Peter Stihl, vom 11. April 1995 an die Dienstleistungsunternehmen, mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen, „ihre Planungen (zu) überprüfen, da sie bei weiterer Verbesserung der Konjunktur gut ausgebildete Fachkräfte brauchten", und ihren Appell „an die Ausbildungsverpflichtung der Wirtschaft" „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 12. April 1995)?

Im zweiten Gespräch zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und für mehr Beschäftigung am 15. März 1995 beim Bundeskanzler haben die Vertreter von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften die gemeinsame Auffassung bekräftigt, wonach berufliche Erstausbildung und Weiterbildung Standortfaktoren ersten Ranges und damit entscheidend für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft des Standortes Deutschland sind. Hierfür muß die berufliche Bildung in Deutschland gestärkt und insgesamt flexibler und differenzierter gestaltet werden.

Die Wirtschaft hat zugesagt, in den beiden kommenden Jahren einen Zuwachs an Lehrstellen von ca. 10 Prozent zu verwirklichen, wobei eine überproportionale Steigerung in den neuen Ländern angestrebt wird; dabei wird für 1995 von rund 600 000 Ausbildungsplätzen ausgegangen. Ferner wurde Einvernehmen darüber erzielt, die Eigenverantwortung der Wirtschaft gerade auch in den ostdeutschen Ländern für die Berufsausbildung zu stärken, indem die Förderung außerbetrieblicher Ausbildung zurückgeführt und mehr betriebliche Ausbildungsplätze durch den Einsatz von zusätzlichen Ausbildungsberatern, von Ausbildungsplatzentwicklern und durch Ausbildungsverbünde gewonnen werden sollen.

Die Verbände der Wirtschaft sagten zu, Betriebe, die nicht oder nicht genügend ausbilden, insbesondere auch die Großbetriebe, deren Ausbildungsleistung in den letzten Jahren in besonderem Maße rückläufig war, verstärkt und gezielt anzusprechen.

Die Bundesregierung hält es in Übereinstimmung mit der Aufforderung des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages grundsätzlich für richtig, das Ausbildungsstellenangebot vor allem in den Bereichen deutlich zu steigern, in denen sich besonders günstige Ausbildungs- und Beschäftigungschancen abzeichnen. Dazu werden nach allen Erkenntnissen insbesondere die Dienstleistungsunternehmen gehören, gleichermaßen aber auch Teile innerhalb des produzierenden Gewerbes und im kaufmännisch-verwaltenden Bereich (vgl. hierzu auch Antwort zu Frage 9). Das produzierende Gewerbe, einschließlich der großindustriellen Unternehmen, muß auch künftig einen herausragenden Beitrag zur betrieblichen Berufsausbildung leisten.

Zum Zeitpunkt der Ausführungen des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit am 4. April 1995 konnten sich die am 15. März 1995 verabredeten Aktivitäten noch nicht auswirken. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Wirtschaft ihre Zusage zum Angebot an Ausbildungsplätzen in diesem Jahr einhält. Erfahrungsgemäß lassen sich die Erfolge der Aktivitäten des Bundes, der Bundesanstalt für Arbeit und der Wirtschaft erst in der letzten Phase des Vermittlungsjahres einschätzen. Andererseits ist erst im späteren

Verlauf des Vermittlungsjahres hinreichend genau zu beurteilen, wie viele Jugendliche sich mit erster Priorität um eine betriebliche Ausbildung bemüht haben. Erst danach läßt sich eine verläßliche Aussage über die Ausbildungsstellenbilanz treffen. Die Berufsberatungsstatistik als reine Geschäftsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit kann im laufenden Vermittlungsjahr lediglich Tendenzen aufzeigen. Dennoch sind weitere erhebliche Anstrengungen notwendig, um die Verabredungen vom 15. März 1995 zu verwirklichen. Die Bundesregierung hat in ihrem Verantwortungsbereich entsprechende Schritte eingeleitet.

4. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß dann, wenn die Wirtschaft generell bzw. für bestimmte Unternehmenssektoren nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt, die Einführung einer generellen oder auf bestimmte Unternehmenssektoren bezogenen Ausbildungsplatzabgabe für Betriebe, die nicht ausbilden, als eine adäquate Maßnahme zur Erhöhung der Ausbildungsquote angesehen werden kann?

   Wenn ja, warum?

   Wenn nein, warum nicht?

Die Ablösung der einzelbetrieblichen Finanzierung der Berufsausbildung durch eine gesetzlich vorgeschriebene Form einer überbetrieblichen Finanzierung würde einen empfindlichen Eingriff in das duale System der Berufsausbildung in Deutschland mit unabsehbaren Folgen für die Struktur der gesamten Berufsausbildung darstellen. Die Bundesregierung sieht in dirigistischem Handeln und in dem unvermeidlichen Aufbau einer großen Bürokratie kein geeignetes Instrument zur Verbesserung der Ausbildungsstellensituation. Sie hält es für vordringlich, noch ungenutzte Ausbildungspotentiale in den Betrieben zu erschließen und setzt auf die Eigenverantwortung der Wirtschaft und ihr Eigeninteresse an der Sicherung qualifizierten Fachkräftenachwuchses. Originäre Aufgabe der Wirtschaft ist es, betriebliche Ausbildungsplätze bereitzustellen und deren Kosten zu tragen. Daß die Wirtschaft sich ihrer Verantwortung bewußt ist, hat sie anläßlich des Spitzengesprächs beim Bundeskanzler Mitte März mit der Ausbildungsplatzzusage zum Ausdruck gebracht.

5. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß derzeit „ein ‚skandalöser' Mangel an Lehrstellen" „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 12. April 1995) herrscht?

   Wenn nein, wie schätzt die Bundesregierung die Lage ein?

1994 sind in Deutschland rund 567 800 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen worden. Damit wurde das Vorjahresergebnis von 570 100 Ausbildungsverhältnissen nur leicht unterschritten. Rechnerisch war die Ausbildungsstellenbilanz in Deutschland 1994 mit 622 000 angebotenen Ausbildungsplätzen und 586 800 Nachfragern mehr als ausgeglichen. Allerdings hat die Angebots-Nachfrage-Relation von 112 im Jahre 1993 auf rund 106 angebotene Plätze pro 100 Nachfrager im Jahre 1994 erneut abgenommen.

In den ostdeutschen Ländern konnten trotz eines erheblichen Bewerberanstiegs (+ 17,5 Prozent) im Vermittlungsjahr 1993/94 fast alle Jugendlichen in Berufsausbildungsverhältnisse vermittelt werden. Dazu war allerdings eine erhebliche Ausweitung öffentlich filnanzierter außerbetrieblicher Ausbildung und staatlicher Förderung betrieblicher Ausbildung erforderlich.

Am Ende des Vermittlungsjahres 1993/94 (Ende September 1994) blieben in den westdeutschen Ländern rund 17 500 und in den ostdeutschen Ländern rund 1 500 Bewerber unvermittelt. Ein großer Teil dieser Jugendlichen konnte in den ersten Monaten des neuen Vermittlungsjahres nachvermittelt werden. Dadurch konnte die Zahl unvermittelter Bewerber bis Ende Dezember 1994 in den westdeutschen Ländern auf rund 10 700 und in den ostdeutschen Ländern auf weniger als 400 Jugendliche gesenkt werden.

Nach Angaben der Berufsberatungsstatistik verringerte sich die Zahl der von Oktober 1994 bis April 1995 gemeldeten Berufsausbildungsstellen in den westdeutschen Ländern nach vorläufigen Daten der Bundesanstalt für Arbeit gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 59 452 auf 459 904 Stellen im April 1995 (– 11,4 Prozent). Im gleichen Zeitraum wurde die Zahl der gemeldeten betrieblichen Berufsausbildungsstellen in den ostdeutschen Ländern um 147 auf nunmehr 64 663 Stellen zurückgenommen (– 0,2 Prozent). Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Bewerber stieg im gleichen Zeitraum im Vergleich zum Vorjahr um 40 194 oder 7,9 Prozent (Bundesgebiet West + 5,5 Prozent, Bundesgebiet Ost + 13,9 Prozent). Wie die Vorjahresentwicklung belegt, kann auf der Basis der vorliegenden Daten zu diesem frühen Zeitpunkt nicht auf den Umfang eines möglichen Defizites am Ende des Vermittlungsjahres geschlossen werden. Gleichwohl verfolgt die Bundesregierung die Entwicklung der Daten dieser Geschäftsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit mit Aufmerksamkeit. Die Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist ein regelmäßiger Besprechungspunkt im Bundeskabinett.

6. Am 8. Februar 1995 appellierte der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Dr. Jürgen Rüttgers, bei der Präsentation der bildungs- und forschungspolitischen Schwerpunkte des BMBF „an die Wirtschaft, ihre gegebene Zusage, leistungsfähigen und weiterbildungsbereiten Absolventen des dualen Systems verstärkt attraktive Berufsperspektiven anzubieten, einzulösen". Kann hieraus geschlossen werden, daß die Bundesregierung der Auffassung ist, daß sich die Verantwortung der Wirtschaft vor dem Hintergrund des unzureichenden Ausbildungsverhaltens derselben, welches dazu führt, daß z. B. in der ersten Hälfte des Berufsberatungsjahres 1995 nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, nur noch auf die „Begabtenspitze" derjenigen, die einen Ausbidlungsplatz erhielten, beschränkt?

Nach wie vor mündet mit rund zwei Dritteln eines Absolventenjahrganges ein hoher Anteil junger Menschen in eine duale Berufsausbildung ein.

Die Bundesregierung hält unverändert an dem zwischen Bund, Ländern und Sozialparteien im Frühjahr 1994 einvernehmlich

vereinbarten Maßnahmenkonzept zur dauerhaften Stärkung der beruflichen Bildung fest. Die Bundesregierung setzt sich darin gemeinsam mit den anderen Partnern der Berufsbildungspolitik nachdrücklich dafür ein, allen Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, ein Angebot für eine qualifizierte Berufsausbildung zu machen, das ein Scheitern bereits während der Ausbildung vermeidet und gleichzeitig dauerhafte Beschäftigungschancen eröffnet. Die bildungs- und forschungspolitischen Schwerpunkte des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie beziehen sich in ihrem berufsbildungspolitischen Teil auf dieses Konzept. Gegenwärtig geht es gleichermaßen darum, daß für alle Jugendlichen, die dies wünschen, qualifizierte und arbeitsmarktverwertbare Ausbildungsmöglichkeiten erreichbar bleiben. Die Hilfen für Jugendliche mit Leistungs- und Motivationsschwächen, die den Zugang zur Berufsausbildung und deren erfolgreichen Abschluß ermöglichen, werden weiterentwickelt und ausgebaut. Hierzu gehören Maßnahmen zur Förderung der Berufsorientierung, der Berufsausbildungsvorbereitung sowie ausbildungsbegleitende Maßnahmen. Der Arbeitskreis der BLK erarbeitet zur Zeit eine Bestandsaufnahme der vielfältigen Maßnahmen und eine Bewertung der Modelle mit dem Ziel, umsetzungsfähige und länderübergreifend übertragbare Konzepte zu verwirklichen. Die duale Berufsausbildung muß aber auch künftig für leistungsstärkere Jugendliche attraktiv gestaltet sein.

Damit neue Ausbildungschancen geschaffen und allen Jugendlichen dauerhaft verwertbare attraktive Berufsbildungsangebote gemacht werden können, sollen alle Differenzierungsmöglichkeiten genutzt werden. Es sind bereits Schritte zur Abstimmung darüber eingeleitet, welche bestehenden Ausbildungsberufe neugeordnet und welche neuen Ausbildungsberufe entwickelt werden können, um neue und erweiterte Ausbildungsmöglichkeiten für die Gruppe Jugendlicher mit Leistungs- und Motivationsschwächen sowie bessere Nachqualifizierungsangebote für Erwachsene ohne arbeitsmarktverwertbare Qualifikation zu schaffen. Auch für leistungsstärkere Jugendliche, die zunehmend in Gymnasien und Hochschulen streben, müssen zusätzliche Berufsbildungsangebote entwickelt werden. In die Arbeiten sind die Wachstumsbereiche der Wirtschaft, in denen auch neuer Bedarf an Aus- und Weiterbildung entsteht, einbezogen.

Die Ordnung beruflicher Bildungsgänge kann aber lediglich den Rahmen dafür stecken, daß junge Menschen über Aus- und Fortbildung die vom Arbeitsmarkt benötigten Qualifikationen erwerben können. Die Schaffung beruflicher Perspektiven nach einer beruflichen Qualifizierung ist Sache der Betriebe und Verwaltungen und muß insofern die Berufsbildungspolitik flankieren.

7. Welche Initiativen ergreift die Bundesregierung, damit alle, die einen Ausbildungsplatz suchen, einen ihren Neigungen, Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechenden Ausbildungsplatz erhalten?

Die Bundesregierung strebt weiterhin an, daß alle Jugendlichen einen ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Beruf

erlernen können. Damit regionale Unterschiede sowohl im Angebot als auch in der Nachfrage nach einzelnen Berufen und Berufsfeldern ausgeglichen werden können, ist es notwendig, daß das Gesamtangebot betrieblicher Ausbildungsplätze in Deutschland die Zahl nachgefragter Berufsbildungsstellen deutlich überschreitet.

In der gegenwärtig schwierigen Ausbildungsstellensituation ist es vorrangig, allen Jugendlichen, die dies wünschen, ein betriebliches Ausbildungsplatzangebot zu machen. Die hierzu von der Bundesregierung ergriffenen Initiativen sind in der Antwort zu den Fragen 1 bis 3 dargestellt. Zur Wahrung und Verbesserung der Ausbildungschancen ist auch von den Jugendlichen Flexibilität und Mobilität gefordert. Nicht jede Ausbildung kann an jedem Ort angeboten werden. Nicht jede Ausbildung kann im Wunschberuf erfolgen. Es ist jedoch – nicht zuletzt zur Vorbeugung gegen Folgeerscheinungen, die aus einer individuell unbefriedigenden Berufswahlentscheidung erwachsen können – erstrebenswert, daß junge Menschen eine Ausbildung aufnehmen können, die möglichst weitgehend ihren Wünschen entspricht.

8. Welche besonderen Förderungsprogramme der Bundesregierung oder der Europäischen Union existieren, um sogenannten lernschwachen Jugendlichen oder Jugendlichen ohne Schulabschluß einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, und wie schätzt die Bundesregierung die Erfolgsbilanz dieser Förderprogramme ein?

Die Bundesregierung hat in den 80er Jahren ein Förderprogramm entwickelt, das benachteiligten Jugendlichen eine Berufsausbildung ermöglicht. Seit 1988 wurde diese Förderung in das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) aufgenommen. § 40 c Abs. 2 AFG ermöglicht die Finanzierung ausbildungsbegleitender Hilfen während einer betrieblichen Ausbildung oder einer Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung. Sozialpädagogische Betreuung ist Bestandteil dieser Förderung.

Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz 1994 wurde ein zusätzlicher § 40 c Abs. 2 a in das AFG aufgenommen. Danach kann für erfolgreiche Absolventen einer außerbetrieblichen Ausbildung nach § 40 c AFG eine bis zu sechsmonatige Nachbetreuung zur Begründung oder Festigung eines Arbeitsverhältnisses finanziell gefördert werden.

Die Zahl der Jugendlichen, die im Benachteiligtenprogramm und anschließend im Rahmen der Benachteiligtenförderung nach dem AFG ausgebildet werden, hat sich von Jahr zu Jahr erhöht. 1994 erhielten 63 300 Jugendliche ausbildungsbegleitende Hilfen, 30 800 Jugendliche wurden in außerbetrieblichen Einrichtungen ausgebildet. Die Bundesanstalt für Arbeit stellte dafür 1 046 Mio. DM bereit. Der Haushaltsansatz für 1995 beträgt 1 300 Mio. DM, die ausschließlich der Förderung benachtigter (deutscher) Jugendlicher (Abgänger von Sonderschulen, Jugendliche ohne Hauptschulabschluß, Jugendliche mit sozialen Schwierigkeiten) und ausländischer Jugendlicher vorbehalten ist. Mit diesem Förderinstrumentarium ist eine entscheidende Hilfe zum erfolgrei-

chen Abschluß einer Berufsausbildung für diese Gruppe geschaffen worden.

Die Europäische Union hat für die Jahre 1994 bis 1999 die Gemeinschaftsinitiative „Beschäftigung" mit ihren drei Aktionsbereichen NOW (Zielgruppe junge Frauen), HORIZON (Zielgruppe Behinderte und Benachteiligte) und YOUTHSTART (Zielgruppe Jugendliche ohne abgeschlossene Qualifikation) beschlossen. Durch diese Fördermaßnahmen soll die berufliche Eingliederung (einschließlich Qualifizierung) solcher Personengruppen erreicht werden, die auch am Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland stark benachteiligt sind. Insbesondere sollen transnationale und innovative Maßnahmen gefördert werden. Diese Gemeinschaftsinitiative ist eine geeignete Ergänzung zu den nationalen Fördermaßnahmen. Die finanzielle Ausstattung (156,8 Mio. ECU für fünf Jahre) ist so dimensioniert, daß zahlreiche Modellprojekte durchgeführt werden können.

9. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen den derzeit fehlenden Ausbildungsplätzen und dem zukünftigen Qualifikationsniveau der Beschäftigten?

   Wie kommt die Bundesregierung zu ihrer Auffassung, und wie begründet sie diese?

Nach Projektionen über den längerfristigen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften bis zum Jahr 2010 (Gutachten im Auftrag des BMBW von Weißhuhn/Wahse „Wirtschaftswachstum, Qualifikation und neue berufliche Tätigkeiten im vereinten Deutschland bis zum Jahre 2010, Berlin 1993; IAB/Prognos-Studie „Arbeitskräftebedarf bis 2010 nach Umfang und Tätigkeitsprofilen", Nürnberg 1989) wird die künftige Struktur des Arbeitskräftebedarfs in zunehmendem Maße von Dienstleistungen geprägt sein. Nicht nur der Dienstleistungssektor selbst nimmt absolut und relativ zu, auch die Dienstleistungstätigkeiten im Produktions- und Verwaltungssektor gewinnen mehr und mehr an Bedeutung. Die Aufgabenprofile selbst ändern sich. In den gewerblichen Berufen wachsen Aufgabenfelder der Einrichtung, Steuerung, Kontrolle und Wartung komplexer Anlagen. Im kaufmännisch-administrativen Bereich gewinnen Funktionen an Bedeutung, in denen Eigenständigkeit, Dispositions-, Koordinations-, Organisations- und Führungsaufgaben sich mit sachkundigem Umgang mit neuen Informationstechniken verbinden.

Diese voraussichtlichen Entwicklungslinien erfordern künftig ein höheres Maß an Qualifikation. Auf neuen Beschäftigungsfeldern zeichnen sich Bedarfe für aus- und weiterbildende Arbeitnehmer ab.

Damit einhergehend werden die absehbaren Beschäftigungsmöglichkeiten für Ungelernte weiter sinken. Das Interesse der Wirtschaft an der Beschäftigung ausgebildeter Arbeitnehmer auf Arbeitsplätzen, die in der Vergangenheit vielfach von un- oder angelernten Arbeitskräften wahrgenommen wurden, wächst. Die gegenwärtige Tendenz zum Ausbildungsplatzabbau widerspricht

dieser zu erwartenden Entwicklung. Eine Fortsetzung dieses Trends würde den bereits in einzelnen Bereichen feststellbaren Fachkräftemangel tendenziell verschärfen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verschlechtern und damit letztendlich auch den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährden. Von der von den Repräsentanten der Wirtschaft in der Kanzlerrunde zugesagten Trendumkehr im Ausbildungsverhalten erwartet die Bundesregierung entscheidende Beiträge, damit diese Situation nicht eintritt.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333